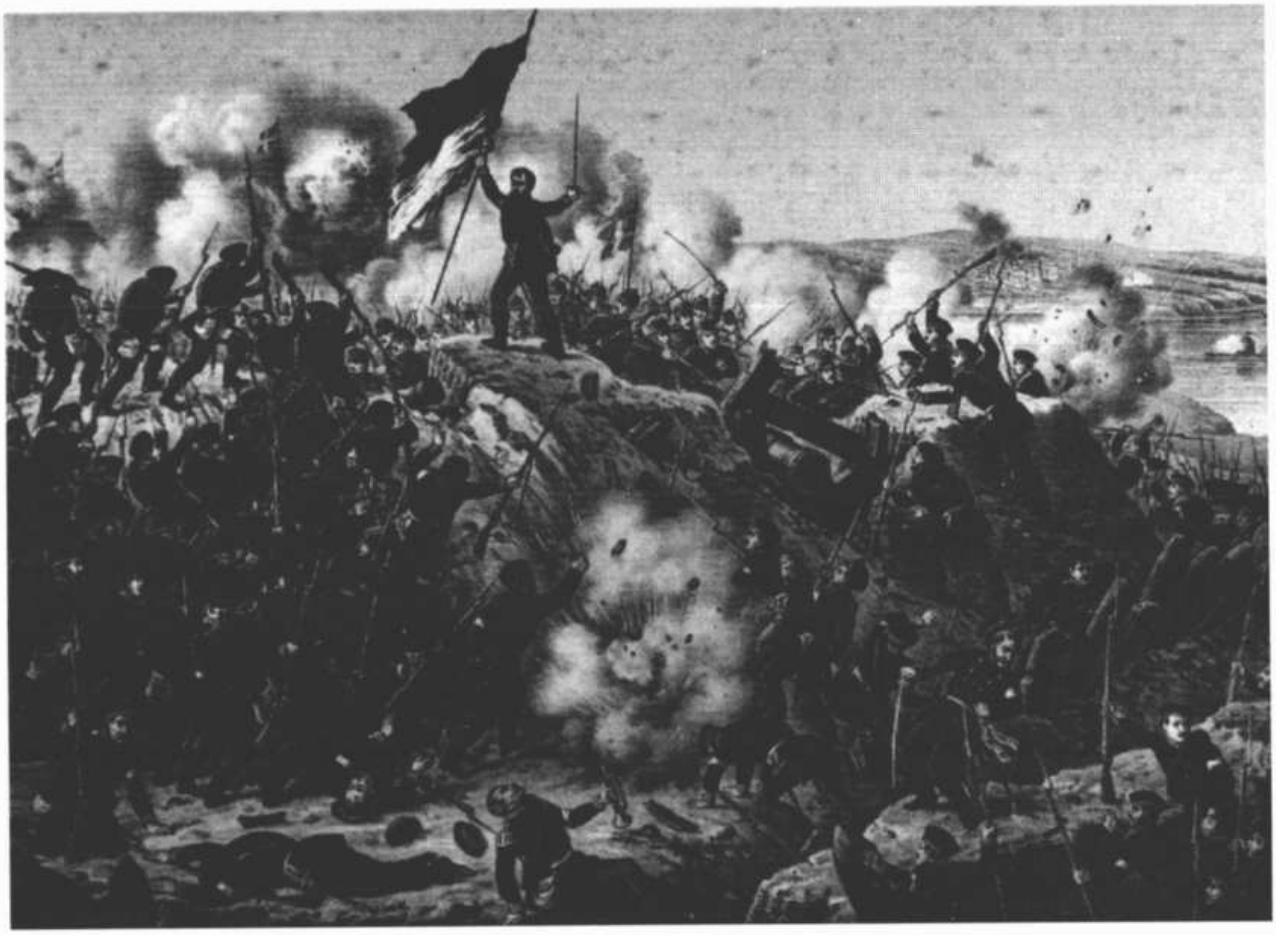
Harm-Peer Zimmermann
„... schmeiß' die Preußen aus dem Land!"

Die demokratische und augustenburgische Opposition in Schleswig-Holstein 1863-1881

Am 23. Dezember 1863 exekutierten 6.000 Hannoveraner und sächsische Truppen in Holstein und Lauenburg die Beschlüsse des Deutschen Bundes: Diese Herzogtümer des dänischen Gesamtstaates sollten solange militärisch in Pfand genommen werden, bis die Kopenhagener Regierung die Einhaltung der völkerrechtlichen Vereinbarungen und Absprachen, wie sie 1850, 1851 und 1852 zwischen den europäischen Großmächten getroffen worden waren, einzuhalten versprechen würde. Das bedeutete im wesentlichen, das Königreich Dänemark sollte zusichern, das Herzogtum Schleswig nicht zu inkorporieren oder auch nur enger an sich zu binden als bisher. Alle dahin gehenden Bestrebungen und Aktivitäten seien einzustellen und zurückzunehmen.

Die Kopenhagener Zentrale beugte sich diesem Druck nicht. Eine breite liberale Bewegung im Lande zielte auf einen Nationalstaat mit der Eider als Südgrenze. Der führende Vertreter dieser Eiderpolitik, Orla Lehmann, saß seit September 1861 als Innenminister mit am Kabinettstisch. Außerdem hätte wohl keine dänische Regierung ein Nachgeben gegenüber der Frankfurter Bundesversammlung politisch überlebt. Man erhoffte sich die Unterstützung anderer europäischer Mächte und setzte auf die Zerstrittenheit Preußens und Österreichs, die ein gemeinsames Vorgehen nicht erlauben würde. So bot der dänische Reichsrat allen deutschen Drohungen die Stirn und verabschiedete im November 1863 ein „Staatsgrundgesetz", das das Herzogtum Schleswig durch eine bundesstaatliche Lösung

Erstürmung der Düppeler Schanzen am 18.4.1864 — zeitgenössische Verklärung. (Foto: Landesbibliothek Kiel)



näher an das Königreich zog als Holstein und Lauenburg, die von der Verfassung nicht betroffen waren.

Damit war auch für Preußen und Österreich, die sich bis dahin, unter Abwägung der internationalen Kräfteverhältnisse, zurückgehalten und sich an der Bundesexekution im Dezember 1863 nicht beteiligt hatten, der Kriegsgrund gegeben. Sie verlangten ultimativ die Zurücknahme der Novemberverfassung. Kopenhagen lehnte ab. Am 1. Februar 1864 überschritten daraufhin 35.000 preußische und 21.000 österreichische Soldaten die Eider und rangen den Gegner in drei Monaten weitgehend nieder. Grauenhafter, aber effektvoll inszenierter Höhepunkt des Schlachtengetümmels war die Erstürmung der Düppeler Schanzen am 18. April 1864. Das Scheitern der internationalen Friedensverhandlungen in London führte zum Wiederaufleben der Kriegshandlungen und zur endgültigen Niederlage Dänemarks. Im Wiener Frieden vom 30. Oktober 1864 verzichtete der dänische Monarch auf alle Rechte an Schleswig, Holstein und Lauenburg. 1866 machte dann der Bruderkrieg zwischen den deutschen Großmächten den Weg frei für die Annexion des Landes durch Preußen. Schleswig und Holstein wurden preußische Provinz und als solche 1870/71 Teil des Deutschen Reiches.

Soweit die Eckdaten der Haupt- und Staatsaktionen um die Loslösung Schleswig-Holstein-Lauenburgs aus dem dänischen Gesamtstaat.[1] Wie aber verhielten sich die Schleswig-Holsteiner, um deren Zukunft es ja ging und die bei allen Manövern nicht um ihre Meinung gefragt wurden? Ließen sie die Entwicklung gleichgültig über sich ergehen? Waren sie vor Freude über das Geschehen schier sprachlos? Oder verfolgten sie einen durchaus eigensinnigen Kurs, der heute jedoch fast vergessen ist, weil sich bisher nur wenige Historiker intensiv darum gekümmert haben?[2] Daß die deutsch gesinnte Bevölkerung in den Herzogtümern einen durchaus dezidierten Standpunkt nicht nur zur nationalen, sondern auch zur staatlichen, politischen und sozialen Gestaltung ihres Landes besaß und daß dieser Standpunkt in überraschend breiten Kreisen nicht nur ein augustenburgischer, sondern ein demokratischer, ja sozialdemokratischer war, daran soll in diesem Beitrag erinnert werden.

Die deutschen „Aufrührer", wie sie von der dänischen Regierung bezeichnet wurden, waren nach der Niederwerfung ihrer „Erhebung" gegen Dänemark seit 1850/51 garstigen Unterdrückungen ausgesetzt gewesen. Mit Presse-, Versammlungs- und Vereinigungsverboten, Flaggen- und Liedervorschriften, Entlassungen von unliebsamen Beamten, Offizieren, Lehrern und Geistlichen sowie mit Spracherlassen (in Nordschleswig) etc. wurden die sogenannten Aufrührer in die Zange genommen.[3] Sie flohen zu Tausenden nach Übersee (wie Theodor Olshausen nach Nordamerika) oder auch in die Länder des Deutschen Bundes (wie Theodor Storm nach Preußen). Denn es bestand kaum Aussicht auf Erleichterungen, zumal die Revolution in Deutschland gescheitert war und somit die Unterstützung der deutschen Staaten für die nationale und liberale Er-

[1] Diese Vorgänge sind inzwischen recht gut erforscht. Nachzulesen aus dänischer Perspektive bei: Neergård 1916; Fink 1959; Skovmand, Dybdal, Rasmussen 1973; Møller 1974; Rerup 1982; Skovgård-Petersen 1985. Aus deutscher Sicht vor allem bei Scharff 1969, Scharff 1975/80.

[2] Eine umfassende Würdigung hat es bisher nicht gegeben. Einzelne Aspekte behandeln vor allem: Gebauer 1912; Behn 1920; Hagenah 1927; Boysen 1933; Boysen 1937; Reinhardt 1954; Weber 1958; Hauser 1962; Kiehl 1966; Daebel 1969; Wetzel 1971; Clausen, Paulsen 1980; Weber 1984; Löding 1985; Zimmermann 1989; Lubowitz 1992 a, 1992 b. Vgl. auch die Zeitzeugen: Jansen, Samwer 1897; Tiedemann 1905.

[3] Das Reaktionäre dieser Vorgehensweise wird heute auch von dänischen Historikern nicht bestritten. Vgl. vor allem Rerup 1982, S. 42 f., 147 f. Aus deutscher Sicht vgl. vor allem Bracker 1972/73; Scharff 1975/80; Scharff 1969.

neuerung des Landes auf unbestimmte Zeit verschoben zu sein schien. Die Besiegelung des dänischen Vormachtsanspruchs durch Preußen und Österreich in der Punktation[4] von Olmütz am 29. November 1850 und im Londoner Vertrag vom 8. Mai 1852 wurde von den engagierten „Schleswig-Holsteinern" ohne Zweifel als abscheulicher „Verrat" an ihrer Sache empfunden.

Die unterdrückte und apathische deutsche Opposition im Lande faßte erst mit dem preußischen Regierungswechsel von 1859 wieder Mut. Sie hoffte auf eine „neue Ära", denn nach langer Reaktionszeit kamen in Deutschland die liberalen und demokratischen Kräfte wieder in Schwung. Einige Hundert Schleswiger und Holsteiner traten dem „Allgemeinen Deutschen Nationalverein" bei, der in Frankfurt am Main gegründet worden war und der eine nationale Zentralregierung auf der Grundlage der Paulskirchen-Verfassung von 1848 anstrebte.[5] Unter Führung des Kieler Rechtsanwalts Theodor Lehmann, übrigens ein Vetter von Orla Lehmann, riefen diese Männer im Januar 1861 das sogenannte Schleswig-Holsteinische Landeskomitee des Nationalvereins ins Leben. In einer öffentlichen Erklärung forderten sie den *„engsten Anschluß Schleswig-Holsteins an das zentralisierte Deutschland"*. In der Hoffnung, daß das neue preußische Staatsoberhaupt bärbeißiger mit Dänemark verfahren würde, brachte Lehmann sogar einen Toast auf König Wilhelm aus.[6]

Orla Lehmann (1810-1870). (Foto: Landesbibliothek Kiel)

Das dänische Restriktionssystem reagierte prompt: Das Landeskomitee wurde verboten, Lehmann die Anwaltslizenz entzogen. Er mußte sich in einem Hochverratsprozeß verantworten. Zwar endete das Verfahren mit einem Freispruch, aber die deutsche Opposition hatte einen schweren Schlag erlitten und sah sich gezwungen, die öffentlichen Aktivitäten einzustellen und auf kleine private Runden auszuweichen. In Kiel beispielsweise traf sich das „Montagskränzchen" um Wilhelm Ahlmann und Albert Hänel jeden zweiten Montag in „Fleischmanns Hotel" oder in der „Bierquelle".[7]

Theodor Lehmann (1824-1862). (Foto: Landesbibliothek Kiel)

Weiterhin blieb die Lage deprimierend. Auf welche politische Kraft sollte man setzen, da doch die eigene nicht im entferntesten ausreichte und die deutschen Großmächte mit ihren undurchsichtigen diplomatischen Winkelzügen als ganz und gar unzuverlässig erschienen. Diese Wankelmütigkeit hatte sich in den Augen der Protagonisten der Los-von-Dänemark-Bewegung noch einmal in den für sie unheilschwangeren Monaten seit März 1863 bestätigt, als der äußere Eindruck nur darauf schließen ließ, daß Preußen und Österreich einer Appeasement-Politik und Zugeständnissen an Dänemark das Wort redeten. Diese Atmosphäre der politischen Unentschiedenheit und Gärung klärte sich wie durch einen „Zauberschlag" mit der Dolziger Proklamation des Erbprinzen Friedrich VIII. von Augustenburg am 16. November 1863:

„Schleswig-Holsteiner! Von der Ueberzeugung durchdrungen, daß mein Recht Eure Rettung ist, gelobe ich für mich und mein Haus, zu Euch zu stehen, wie ich in der Schlacht zu Euch gestanden, mich nicht zu trennen von Euch und unserm Rechte. Und so gelobe und schwöre ich gemäß dem Staatsgrundge-

[4] Eine „Punktation" ist ein Vorvertrag, der die wesentlichen Punkte des zu schließenden Hauptvertrages enthält.

[5] Vgl. Behn 1920, S. 37; Wetzel 1971; Weber 1984, S. 428 ff; Rürup 1984, S. 218.

[6] Vgl. Wetzel 1971, S. 123 ff.

[7] Vgl. Wetzel 1971, S. 144; Hagenah 1930, S. 186.

Friedrich VIII. von Augustenburg (1829-1880). (Foto: Landesbibliothek Kiel)

setze: ‚die Verfassung und die Gesetze der Herzogthümer Schleswig-Holstein zu beobachten und die Rechte des Volkes aufrecht zu halten. So wahr mir Gott helfe und sein heiliges Wort.'"[8]

Das Haus Augustenburg spielte seit den 1830er Jahren in Schleswig-Holstein eine herausragende politische Rolle. Als sich nämlich herausstellte, daß die männliche Linie des in Dänemark und in Personalunion auch in Schleswig und Holstein (Herzog) regierenden Hauses Oldenburg erlöschen würde, meldete Christian August von Augustenburg, der Vater Friedrich VIII., 1837 seine Ansprüche auf die Nachfolge in den Herzogtümern an und spekulierte wohl auch auf den dänischen Thron. Die konservativen Kreise im Lande (um den Grafen Friedrich Reventlow) beteiligten sich an der Erhebung von 1848 vor allem auch, um die vermeintlichen „Rechte" des Augustenburgers durchzusetzen. Bei Liberalen und Demokraten hingegen stand Christian August wegen seiner stockkonservativen Haltung weniger hoch im Kurs. Außerdem hatte er im Dezember 1852 auf internationalen Druck auf seine Erbfolge verzich-

Friedrich VII., König von Dänemark (1808-1863). (Foto: Landesbibliothek Kiel)

[8] Dolziger Proklamation vom 16.11.1863, zitiert nach: Staatsgrundgesetz 1848, S. 4. Die dänische Zeitung „Dannevirke" (17.11.1863) kommentierte die Wirkung dieser Erklärung mit den Worten: *„Aber wie durch einen Zauberschlag erwachten bei dem größeren Teil der Bevölkerung Hoffnungen aus des Aufruhrs Tagen"*. Zitiert nach Lubowitz 1992 a, S. 373. Vgl. dazu auch Clausen, Paulsen 1980, S. 321.

tet. So pointierte Wilhelm Hartwig Beseler 1856: *„Das Haus Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg ist ... todt für Schleswig-Holstein."*[9]

Ende 1863 jedoch erstrahlte der Stern dieser Dynastie in ungewohntem öffentlichen Glanz. Überraschend war am 15. November der dänische König Friedrich VII. gestorben, und Christian von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg hatte, wie es der Londoner Vertrag von 1852 vorsah, den dänischen Thron bestiegen. Mit der Dolziger Proklamation erklärte Friedrich von Augustenburg nun, der Verzicht seines Vaters sei für ihn nicht bindend, und er meldete sein herzogliches „Recht" auf „Schleswig-Holstein" an. Darüber hinaus schwor er auf das „Staatsgrundgesetz" vom 15. September 1848, das von einer aus freien Wahlen hervorgegangenen „Landesversammlung" beraten und verabschiedet worden war. Es enthielt einen bemerkenswerten Grundrechtskatalog und gewährte unter anderem: Religionsfreiheit (Art. 14), Schutz der Person und des Eigentums (Art. 15-19, 26-27), Meinungs-, Versammlungs-, Presse- und Petitionsfreiheit (Art. 21-23), Sprachfreiheit (Art. 24), Freizügigkeit (Art. 25).[10] Der Augustenburger stellte sich damit, ob aus politischem Kalkül oder aus ernster demokratischer Überzeugung sei dahingestellt, auf die politisch-ideologischen Grundlagen der Märzrevolution.

Die verstörten, orientierungslosen, aber aufgeregten schleswigschen und holsteinischen Oppositionellen hatten damit ihre Leitfigur gefunden: Friedrich VIII. von Augustenburg, welcher nun seinerseits, wie Frank Lubowitz dargestellt hat, nicht mehr nachließ, die Öffentlichkeit in seinem Sinne zu bearbeiten. Zudem waren die Sondierungen, die der Nationalverein im November 1863 durch den Grafen Reventlow im Hinblick auf das preußische Vorgehen vornehmen ließ, enttäuschend verlaufen.[11] Fast schlagartig klärte sich damit die schwelende politische Situation. Ein Duodezfürst und sein „Recht" erschienen als „Rettung", zumal sich zahlreiche deutsche Kleinstaaten in der Frankfurter Bundesversammlung als entschiedene Kriegsbefürworter gegen Dänemark zu erkennen gegeben hatten.

Übrigens erzielte die Dolziger Proklamation nicht nur in den Herzogtümern, sondern in ganz Deutschland grandiose Effekte. Liberale, Demokraten und Sozialisten erhofften sich vom Aufbruch im Norden eine Lösung der seit 1848 unbeantworteten nationalen und politischen Fragen im Deutschen Bund. Der Hamburger Arbeiterführer Perl sah darüber hinaus im Feldzug gegen Dänemark den Ausgangspunkt für eine grundlegende Veränderung der ganzen Gesellschaft. Ferdinand Lassalle hingegen warnte, es werde damit nur *„von den Schwierigkeiten der inneren Lage"* abgelenkt. Und auch der liberale holsteinische Advokat Christoph van Tiedemann fragte sich, welches Mittel geeigneter sei, *„die öffentliche Aufmerksamkeit von den inneren Fragen in Preußen abzulenken"*, als ein Krieg im Norden.[12]

In Deutschland gründeten sich nach dem Statement Friedrichs in wenigen Tagen rund 900 Schleswig-Holstein-Vereine und -Komitees, um die Agitation für den „Herzog" und die Herzogtümer, für die „Wehrbarmachung der Volkskräfte" und

[9] Beseler 1856, S. 24 f. Vgl. dazu auch Behn 1920, S. 35; Lubowitz 1992 a, S. 369.

[10] Vgl. Staatsgrundgesetz 1848.

[11] Vgl. Lubowitz 1992 a.

[12] Vgl. Tiedemann 1905, S. 265; Regling 1965, S. 109; Trautmann 1975.

Theodor Storm (1817-1888). (Foto: Landesbibliothek Kiel)

Karl Samwer (1819-1882). (Foto: Landesbibliothek Kiel)

die Aufstellung von Freiwilligenverbänden voranzutreiben. Vor allem die Turner- und Schützenvereine schlossen sich unter dem Motto „jetzt oder nie" dieser Aufbruchstimmung an und hielten militärische Übungen zum Beispiel in Parkanlagen ab.[13] Der Nationalverein rief am 24. November zur Bereithaltung von Mannschaften, Waffen und Geld für den nahenden Volkskrieg gegen Dänemark auf.[14] Hoffmann von Fallersleben verfaßte den Kriegsgesang:

„Frisch auf, frisch auf! Zu den Waffen
Rufet uns das Vaterland:
Noch einmal zum Gefechte
Für Schleswig-Holsteins Rechte!
Rüste dich! Sei zum Streit
Allezeit kampfbereit!"[15]

Auch Theodor Storm wurde von der Kriegsbegeisterung mitgerissen. Als im November 1863 der dänische König Friedrich VII. starb, dichtete er:

„Die Schmach ist aus; der ehrne Würfel fällt!
Jetzt oder nie! Erfüllet sind die Zeiten,
Des Dänenkönigs Totenglocke gellt;
Mir klinget es wie Osterglockenläuten!"[16]

Mit der Gründung von Provinzial- und Landesverbänden sowie dem „36er Ausschuß" erhielt die Bewegung eine zentrale Leitung. In Hamburg und Frankfurt am Main liefen Spendengelder für die Ausrüstung und Besoldung der geplanten schleswig-holsteinischen Armee zusammen. Hier konnten sich Freiwillige in Listen eintragen.[17] Parallel dazu bereitete der Augustenburger Thronanwärter von Gotha aus seinen Regierungsantritt politisch und militärisch vor. Unter maßgeblichem Einfluß von Karl Samwer wurden am 25. November drei Departements der „Herzoglichen Regierung", eine Art Schattenkabinett, eingerichtet. Das Kriegsdepartement leitete die Planungen für den Aufbau des Heeres. Das Finanzdepartement warb um die Unterstützung der deutschen Bundesfürsten, die beispielsweise durch Zuweisung von Übungsplätzen und Freistellung von Offizieren geleistet werden sollte.[18]

Unmittelbar nach der Räumung Holsteins von dänischen Truppen trat dann auch hier die Opposition vehement und ungestüm an die Öffentlichkeit. In allen Städten südlich der Eider wurden Volksversammlungen und Huldigungsadressen organisiert. In Marne beispielsweise leistete eine 1.500-köpfige Menge dem „Herzog" den Treueschwur.[19] Am 27. Dezember erfolgte die größte Kundgebung in Elmshorn, organisiert vom holsteinischen Komitee des Deutschen Nationalvereins. 20.000 Menschen aus allen Teilen des Landes deklamierten den Treueeid auf Friedrich VIII.[20] Neben dem „Aktionsausschuß" und dem „Herzoglichen Kriegsdepartement" in Hamburg kümmerte sich von Altona aus der „Norddeutsche Schützenbund" um die „Reorganisation der Schleswig-Holsteinischen

[13] Daebel 1969, S. 61, 125; Weber 1958; Weber 1984.

[14] Vgl. Daebel 1969, S. 61; Weber 1958; Weber 1984.

[15] Hoffmann von Fallersleben 1863, S. 3 f.

[16] In: Storm 1981, S. 92 f. Zu Storms politischer Haltung vgl. Löding 1985 und neueste Ergebnisses bei Jackson 1992.

[17] Vgl. Daebel 1969, S. 114 ff., 122 ff.; Ernst II, Bd. 3, 1889, S. 380 f.

[18] Vgl. Ernst II, Bd. 3, 1889, S. 370 f.; Daebel 1969, S. 81, 134, 278.

[19] Vgl. Polizeiamt Glückstadt an Bundeskommission am 26.12.1863, in: LAS, Abt. 57, Nr. 106.

[20] Vgl. Hagenah 192 7, S. 356 f., 359 f.; Tiedemann 1905, S. 321 ff.; Daebel 1969, S. 140 ff. Über den Einzug „Herzog Friedrichs" in Kiel am 30.12.1863 hat Lubowitz 1992 a und 1992 b berichtet.

Armee". Am 26. Dezember verschickte er ein Zirkular an seine Zweigvereine, in dem es hieß:

„Deutsche Schützen! Die Stunde der Entscheidung ist gekommen, jetzt oder nie! — ... Reißt die Büchsen von der Wand und eilt an die Sammelplätze, welche für die Reorganisation unserer Armee bestimmt sind und Euch angezeigt werden; ... Vorwärts! Vorwärts bis zur Königsau ist die Losung und kein Friede werde geschlossen, bevor der deutsche Speer in die Fluten des Limfjords getaucht und Deutschlands Nordmarksgrenze für immer gegen freche Uebergriffe gesichert ist."[21]

Klaus Groth sekundierte in gereimter Form:

„Fru, sök mi ut den Koffer
Min Krüz und dreeklört Band!
Raff, vunne Wand, min Puffer!
Noch mal voert Vaderland!"[22]

Klaus Groth (1819-1899). (Foto: Landesbibliothek Kiel)

In Segeberg, Wandsbek, Altona, Glückstadt, Rendsburg, Heide, Kiel und Itzehoe bildeten sich daraufhin Wehrgruppierungen mit zum Teil über 500 Teilnehmern. Die Koordinierung der Aktivitäten übernahm das in Kiel gebildete „Wehrkomité für Holstein". Die Finanzierung und Ausrüstung organisierten der Augustenburger Herzog und der Deutsche Nationalverein.[23] Die Hauptstoßrichtung der Wehrvereine zielte gen Norden. Aber insbesondere die Demokraten in ihnen wandten sich auch gegen die deutschen Throne und deren Politik. Nach dem Abzug der Dänen forderte die Itzehoer Bürgerwehr, sich *„dem erwähnten Einmarsche österreichischer und preußischer Truppen gewaltsam zu widersetzen, ihnen zumindest die Subsistenzmittel zu verweigern"*. In Altona lehnten es viele Bürger ab, preußische Soldaten ins Quartier zu nehmen, und eine Stelltafel schmähte den preußischen General von Wrangel als *„Verräter Schleswig-Holsteins"*. In Rendsburg sah man es als *„selbstverständlich"* an, die *„heranziehenden preußischen und österreichischen Truppen bei ihrer Ankunft in keiner Weise öffentlich zu begrüßen oder zu empfangen"*.[24]

Die angebliche „Begeisterung" über die sogenannten „Befreier" Schleswig-Holsteins kann also, folgt man den Akten und Zeitungsquellen, als eine Erfindung der späteren Historiographie angesehen werden. Das Gegenteil war der Fall. Die politisierten deutschen Einwohner fürchteten auch diesmal, wie schon während der Erhebung, von Preußen verraten und verkauft zu werden. Außerdem war ihnen die reaktionäre preußische Staatsführung zuwider. Sie richteten ihre Hoffnungen entweder auf eine demokratische Volkserhebung oder auf den Augustenburger „Herzog", der sich mit zahlreichen libertären Äußerungen hervortat und sich bei der Bevölkerung anbiederte.

Die Aufregungen im Lande und die unterschiedlichen Oppositionsströmungen fanden jedoch weniger in den Wehrgruppierungen ihren Kristallisationskern als vielmehr in den „Schleswig-Holsteinischen Vereinen". Das wiederbelebte „Schleswig-Holsteinische Landeskomitee" des Deutschen Nationalvereins wurde zum Motor dieser Entwicklung. Es beschloß am 3. Ja-

[21] Aufruf vom 26.12.1863, in: LAS, Abt. 22, Nr. IV. DD III. 35. Vgl. auch Altonaer Mercur 6 (07.01.1864).

[22] Groth 1864, S. 96 f.

[23] Vgl. Papiere der Bundeskommission, in: LAS, Abt. 57, Nr. 118; Daebel 1969, S. 147 fBehn 1920, S. 59.

[24] Vgl. Papiere der Bundeskommission, in: LAS, Abt. 57, Nr. 118; Altonaer Mercur 20 (23.01.1864); Daebel 1969, S. 147 f.; Behn 1920, S. 59, 71 ff.

Die Ankunft Friedrich VIII. von Augustenburg am 30.12.1863 in Kiel. Der Zeichner hebt die jubelnden Menschen und die Flaggen an den Häusern deutlich heraus (RS). (Foto: Landesbibliothek Kiel)

nuar 1864, im ganzen Land Organisationen ins Leben zu rufen, um *„alle Kräfte in der politischen Arbeit für die Selbständigkeit und Freiheit des Landes"* zusammenzuziehen und um den Regierungsantritt Friedrich VIII. vorzubereiten. In den folgenden drei Wochen bildeten sich im Herzogtum Holstein rund 50 „Schleswig-Holsteinische Vereine".[25] Gemeinsam mit den Wehrvereinen sorgten sie für den erwähnten äußerst kühlen Empfang der Interventionstruppen. Diese wurden, wie Oswald Hauser notiert hat, *„als Helfer des Verrats am liberal-nationalen Gedanken, als Kriegsknechte der schwärzesten Reaktion"* betrachtet. Und man skandierte: *„Schleswig-Holstein stammverwandt, schmeiß' die Preußen aus dem Land!"*[26] Auch Klaus Groth beherzigte diese Maxime und bezeichnete die Preußen als *„fremdes Volk"*, dessen *„Knechte"* die Schleswig-Holsteiner ebensowenig sein wollten wie diejenigen der Dänen:

„Und Gott vom Himmel sieht darein,
Und schützet Dich [Friedrich VIII., HPZ] *und unsre Rechte:*
Wir wollen keine Dänen sein
Und keines fremden Volkes Knechte."[27]

Auch im Herzogtum Schleswig kam es nach Abzug der Dänen zu zahlreichen Demonstrationen. Jedoch unterband hier der preußische Zivilkommissar jede ernste politische Agitation und Organisation.[28] Hinzu kam, daß es hier einen hohen Anteil dänischer Einwohner gab.

Schon Ende Januar 1864 kam es in Kiel zur Gründung eines Dachverbandes der Schleswig-Holsteinischen Vereine.[29] Das Leitungsgremium, der sogenannte Engere Ausschuß, versuchte, die zahlreichen spontanen Unmutsbekundungen der Bevölkerung zu koordinieren. Viele Bürger-, Turner-, Sänger-, Schützen-, patriotische und landwirtschaftliche Vereine reihten sich ein. Das Maß der Erregung in den Herzogtümern im Winter 1863/64 kann kaum überschätzt werden. Zu Tausenden versammelten sich die Menschen in den Städten, um über die Zukunft des Landes zu beraten. Jubelnde Mengen empfingen den „Herzog", wo immer er sich zeigte. Friedrich unterstützte seinerseits die Bewegung durch seinen Zuspruch, durch die Logistik seines Schattenkabinetts unter Karl Samwer und mit finanziellen Mitteln.[30] Inhaltlich wurden zu diesem Zeitpunkt vor allem drei Forderungen vertreten: 1. Bildung eines Herzogtums Schleswig-Holstein im Rahmen eines einigen Deutschlands; 2. Inkraftsetzung der demokratischen Verfassung (Staatsgrundgesetz) von 1848; 3. Einsetzung Friedrich VIII. von Augustenburg als Herzog.

Diesen Zielen stellte sich jedoch ein schier unüberwindliches Hindernis entgegen: der preußische Ministerpräsident Otto von Bismarck. Wie ließ sich gegen diesen offenbar unbeeindruckten Mann ankommen, der im Schleswigschen mit scharfen Restriktionen zeigte, wes Geistes Kind er war, und von dem nicht sicher war, ob er Schleswig für den Frieden opfern werde? Bismarcks Konzept im Hinblick auf Schleswig-Holstein, nämlich die völkerrechtlich strikt legale Vorgehensweise, die kühle

[25] Vgl. Altonaer Mercur 5 (06.01.1864), 8 (09.01.1864), 228 (28.09.1864); Itzehoer Nachrichten 4 (09.01.1864); Daebel 1969, S. 146 f.; Behn 1920, S. 61.

[26] Vgl. Hauser 1962. Spottvers zitiert nach Sell 1953, S. 210.

[27] Vgl. Groth im Kieler Wochenblatt 3 (05.01.1864), zitiert nach Löding 1985, S. 167 f.

[28] Vgl. Zimmermann 1989, S. 243 ff.

[29] Vgl. Altonaer Mercur 27 (31.01.1864).

[30] Vgl. Lubowitz 1992 a.

Abwägung außen- und innenpolitischer Machtkonstellationen sowie preußischer Vorherrschaftsinteressen, war für die schleswig-holsteinischen Oppositionellen völlig unattraktiv und inakzeptabel. Sie setzten auf den nationalen Befreiungsschlag gegen das „Dänenjoch" wie gegen die innerdeutsche Reaktion, nicht auf eine Reichseinigung „von oben". Nur: Würden die Kräfte dafür ausreichen? Würde die internationale Diplomatie unter diesen Bedingungen einlenken?

Im April 1864 tagte in Rendsburg der „Engere Ausschuß" der Schleswig-Holsteinischen Vereine, um das weitere Vorgehen abzusprechen. Die Delegierten kamen überein, die Bewegung verstärkt auch in den unteren sozialen Bevölkerungsschichten organisatorisch zu verankern. Zu diesem Zweck sollten sogenannte Kampfgenossenschaften, Vereine ehemaliger Soldaten der schleswig-holsteinischen Armee von 1848/51, gegründet werden. Der Beschluß lautete:

„Der Ausschuß wolle durch geeignete Schritte dafür Sorge tragen, daß die Kampfgenossen der alten schleswig-holsteinischen Armee sich möglichst rasch und in möglichster Ausdehnung zu Kampfgenossenschaften bilden, zunächst zu kameradschaftlichen Zwecken, dann aber auch, um in energischer Weise die politische Bewegung des Landes zu unterstützen."[31]

Die Schleswig-Holsteinischen Vereine hatten sich vor allem aus dem Bildungs- und Besitzbürgertum rekrutiert. In ihnen versuchten Advokaten, Ärzte, Apotheker, Lehrer, Fabrikanten und Kaufleute ihre politischen Überzeugungen und ihren Staatsbürgersinn zu formieren und zu Gehör zu bringen. Sogenannte kleine Leute hatten sich zwar auch an den Kundgebungen beteiligt, aber nicht zu einer kontinuierlichen und systematischen politischen Arbeit gefunden. Dieses Ziel sollten die Kampfgenossenschaften verwirklichen. Die Itzehoer Nachrichten erkannten, die Kriegervereine könnten der Landessache dienlich sein, *„weil unter ehemaligen Kameraden der Unterschied der gesellschaftlichen Stellung nicht so strenge Schranken zieht, wie unter anderen Verhältnissen."*[32]

Zu diesen politischen Argumenten kamen militärische Erwägungen hinzu. Denn noch immer wirkte der Augustenburger „Herzog" für die Reorganisation der schleswig-holsteinischen Armee, damit er dem diplomatischen „Spiel" der Großmächte nötigenfalls eine klare Antwort erteilen könne. Die Landesversammlung der Schleswig-Holsteinischen Vereine in Rendsburg im Mai 1864 bezeichnete daher die Veteranen der Erhebung einerseits als Kerntruppe einer neuen Landesarmee: *„Wenn das Vaterland ruft, werden sie wieder die Waffen ergreifen"*. Andererseits sollten die Kampfgenossen als Vorbild für die jungen Landessöhne dienen, an deren Beispiel sie lernen könnten, *„für die heilige Sache in Kampf und Tod zu gehen"*.[33]

Die Resonanz auf den Aufruf des Engeren Ausschusses vom 17. April 1864 war beeindruckend. Bis Ende des Jahres gründeten sich 56 Kampfgenossenschaften mit rund 10.000 Mitgliedern. Und in den folgenden Jahren erhöhte sich ihre Zahl auf 111 Gruppierungen, davon 31 nördlich der Eider.[34] Diese Vereine entstanden fast ausschließlich in den Städten und erreichten

[31] Aufruf des Engeren Ausschusses vom 17.04.1864, in: Altonaer Mercur 96 (23.04.1864).

[32] Vgl. Itzehoer Nachrichten 50 (30.04.1864).

[33] Vgl. Aufruf vom 04.06.1864, in: Itzehoer Nachrichten 63 (04.06.1864). Vgl. Itzehoer Nachrichten 53 (10.05.1864).

[34] Vgl. Mitgliederverzeichnis 1869; Mitgliederverzeichnis 1898; Zimmermann 1989, S. 258.

dort ganz beträchtliche Mitgliederzahlen, beispielsweise in Altona 455 Mitglieder, in Flensburg 247, in Kiel 552, in Rendsburg 350, in Glückstadt 222. In diesen Orten waren bis zu zehn Prozent der männlichen Einwohner auf diese Weise zusammengeschlossen.[35]

Die Mobilisierung der unteren Bevölkerungsschichten schritt so rasch voran, daß bereits im Juni vorgeschlagen wurde, einen Dachverband der Kampfgenossenschaften zu bilden.[36] Nach einigen Rangeleien über die politische Richtung, von denen noch zu berichten sein wird, kam die Gründung der „Landeskampfgenossenschaft" erst im April 1865 zustande.[37] Wie es in der Absicht der Initiatoren gelegen hatte, agierten die allermeisten ehemaligen Soldaten Hand in Hand mit den Schleswig-Holsteinischen Vereinen. In einem Gutachten des Grafen von Holstein für den preußischen Zivilkommissar von Zedlitz hieß es im November 1865:

„Diese [die Kampfgenossenschaften von 1848/51, HPZ] *erhielten ebenso wie die S.H.-Vereine eine wohlberechnete Organisation* [die „Landeskampfgenossenschaft", HPZ] *und waren und sind noch jetzt in den meisten Fällen geradezu Handlanger der letzteren, wo es gilt Demonstrationen und Feste zu arrangieren, Resolutionen, welche die S. H. Vereine gefaßt haben, abermals zu fassen u.s.w."*[38]

Die Tätigkeit der Kampfgenossenschaften erstreckte sich im wesentlichen auf die ständige Betonung der „Rechte" des Landes und des „Herzogs" und auf die Wachhaltung der demokratischen Ideale der Erhebung von 1848 sowie des Wehrgedankens. Die Vereine entfachten beispielsweise eine große Protestkampagne, als Bismarck auf der Londoner Konferenz die Teilung Schleswigs in einen dänischen und einen deutschen Teil vorschlagen ließ. Außerdem meldeten sie sich spontan oder abgesprochen aus fast allen Städten bei den obersten Besatzungsbehörden zu Wort und stellten vor allem drei Forderungen auf: 1. vollständige Trennung der Herzogtümer von Dänemark; 2. keine Teilung Schleswigs etwa nach der Sprachgrenze; 3. keine Entscheidung ohne die Zustimmung einer frei gewählten schleswig-holsteinischen Volksvertretung und des Herzogs.[39]

Die deutschen Interventionsmächte reagierten unterschiedlich auf diese Herausforderungen. Die Verwaltung des Deutschen Bundes in Holstein, die bis Dezember 1864 währte, ließ der Opposition weitgehend freie Hand. Nur die Wehrvereine wurden als wenig zu kalkulierende Risiken aufgelöst. Die Österreicher, die dann in Holstein die Vorherrschaft übernahmen, suchten eine Erweiterung des preußischen Einflusses zu verhindern. Die Augustenburger erachteten sie als willkommene Erfüllungsgehilfen dieser Bestrebungen und ließen sie fast ungestört agieren.[40] Preußen hingegen blockierte aus innen- und außenpolitischen Rücksichten die Bewegung. Nach außen hin wollte Bismarck keine völkerrechtlich zu beanstandende Vorentscheidung über die Zukunft Schleswigs dulden. Nach innen hin suchte er, dem Druck der öffentlichen Meinung entgegenzuwirken. Daher ordnete der preußische Zivilkommissar

[35] Vgl. Mitgliederverzeichnis 1869; Mitgliederverzeichnis 1898; Zimmermann 1989, S. 258.

[36] Vgl. Landeskampfgenossenschaft 1882, S. 6.

[37] Vgl. Zimmermann 1989, S. 261 ff.

[38] Graf von Holstein an Zivilkommissar von Zedlitz am 08.11.1865, in: LAS, Abt. 59/2, Nr. 72.

[39] Vgl. zum Beispiel die Petition des Bürgermeisters und Rats der Stadt Husum vom 16.04.1864 und weitere Petitionen, in: LAS, Abt. 58/1, Nr. 54.

[40] Vgl. Zimmermann 1989, S. 243 ff.

bereits am 8. Februar 1864 an: *„1. Politische Vereine ... sind nicht zu dulden. 2. Öffentliche Demonstrationen und Kundgebungen politischer Art ... sind unbedingt zu verhindern."*[41]

Im Herzogtum Schleswig hatten die Demokraten und Augustenburger also zunächst kaum Chancen. Versammlungen wurden überwacht und nicht wenige untersagt. Vereine wurden aufgelöst oder stellten, in Erwägung behördlicher Maßnahmen, ihre Tätigkeit von selbst ein, unter anderem die Kampfgenossenschaften in Flensburg und Husum.[42] Ob dieser Zustände breitete sich unter der deutschen Bevölkerung im Herzogtum Schleswig eine resignative Stimmung aus. Theodor Storm, der inzwischen nach Husum zurückgekehrt war, fragte rhetorisch, ob tatsächlich geschehen sei, was *„du"* (gemeint war Schleswig-Holstein) wolltest; und er tat kund, daß er die Hoffnung auf eine demokratische Erneuerung des Landes bereits verloren hatte:

„Nun ist geworden, was du wolltest;
Warum denn schweigest du jetztund?
— Berichten mag es die Geschichte,
Doch keines Dichters froher Mund."[43]

Als sich Österreich im Juni 1866 aus Holstein zurückzog, konnte Bismarck seinen Restriktionskurs auch auf diesen Landesteil ausdehnen. Die neuen Machthaber verboten sämtliche Schleswig-Holsteinischen Vereine und unterstellten die Zeitungen einer strengen Zensur. Strafbar wurde die Bezeichnung „Herzog" für den Augustenburger.[44] Die Oppositionsbewegung kam infolgedessen fast völlig zum Erliegen. Nur in den Kampfgenossenschaften, die nicht unter das Verdikt für politische Vereine gefallen waren, konnten sich die Demokraten und Augustenburger im Lande ein Standbein erhalten. Jedoch auch für diese Gruppen war ein offenes Auftreten kaum noch möglich, wenn sie nicht das Verbot riskieren wollten. Georg Reinhardt hat diese Zeit zu Recht als „Diktatur der preußischen Verwaltung" bezeichnet.[45]

Aber auch unter den gelockerten Bedingungen nach der Annexion blieben die Anhänger des Augustenburgers der Beobachtung und Verfolgung ausgesetzt. Noch im Mai 1875 erhielt der Vorsitzende der Landeskampfgenossenschaft, Lehrer Andreas Peter Sönksen, „Berufsverbot", weil er als führender Oppositioneller mehrfach gegen geltendes Recht und gegen die Ordnung aufgetreten sei.[46] Das Wahlgesetz für den Norddeutschen Reichstag hatte allerdings den oppositionellen Gruppierungen seit September 1866 neue agitatorische und organisatorische Möglichkeiten eröffnet. Denn auch in Schleswig-Holstein durften sich Parteien zum Zwecke des Wahlkampfes bilden, unbekümmert sonst gültiger vereinsrechtlicher Vorbehalte. — Würde nun auf parlamentarischem Wege das Ziel der Opposition zu erreichen sein? Ließ sich die Inthronisation Friedrichs VIII. und eine Demokratisierung des Landes noch durchsetzen? Würde die Bewegung nach ihrer brutalen Knebelung noch stark genug sein?

[41] Erste Bekanntmachung des preußischen Zivilkommissars vom 08.02.1864, in: Verordnungsblatt 1864/65, S. 3 f.

[42] Vgl. Zimmermann 1989, S. 243 ff.

[43] Vgl. Storm, zitiert nach Löding 1985, S. 127.

[44] Vgl. Erlaß von Manteuffels vom 10.06.1866, in: Kieler Zeitung 601 (26.06.1866); vgl. Erlaß des schleswig-holsteinischen Oberpräsidenten vom 03.07.1866, in: Altonaer Mercur 155 (05.07.1866). Vgl. auch Reinhardt 1954, S. 32.

[45] Vgl. Reinhardt 1954, S. 32.

[46] Vgl. Urteil gegen Sönksen, nach Protokoll der mündlichen Verhandlung vom 14.11.1874, in: LAS, Abt. 309, Nr. 357. Zu Sönksen vgl. Zimmermann 1989, S. 271 ff.

Andreas Peter Sönksen (1819-1881). (Foto: Landesbibliothek Kiel)

Friedrich VIII. von Augustenburg in Uniform. (Foto: Landesbibliothek Kiel)

Die Kräfte reichten nicht aus, und zwar auch, weil sich die Opposition inzwischen hoffnungslos zerstritten hatte. Die konservativen Kreise um den Baron von Scheel-Plessen hegten von Anfang an Vorbehalte gegen den liberal gesonnenen Augustenburger „Herzog" und sprachen sich bereits im Dezember 1864 in der sogenannten Siebzehner Adresse für die Annexion des Landes durch Preußen aus.[47] Dagegen erhob sich zwar ein Sturm der Entrüstung; rund 60.000 Schleswig-Holsteiner unterzeichneten eine Gegenadresse.[48] Aber die Spaltung der Bewegung setzte sich fort. Der liberale Graf Reventlow schwenkte in Flensburg bis Februar 1865 auf pro-preußischen Kurs ein und gründete die Vorläufer-Organisation der späteren National-Liberalen Partei in Schleswig-Holstein.[49] Und auch zwischen den Linksliberalen, den strikten Augustenburgern (Legitimisten) und den Demokraten kam es zum Bruch.

Die Liberalen um Wilhelm Ahlmann und Albert Hänel befürworteten weitgehende Zugeständnisse an Preußen auf militärischem, außenpolitischem und wirtschaftlichem Gebiet. Der „Herzog" sollte zwar Landesfürst werden, aber keinesfalls wollte man sich von den Zukunftschancen, die Preußen bot, abkoppeln.[50] Die Legitimisten um Bernhard Endrulat und Andreas Peter Sönksen waren fundamentalistische Augustenburgerianer und lehnten jedes Zugeständnis an Preußen ab, bevor nicht der „Herzog" und sein „Recht" anerkannt seien. Die Demokraten hingegen verabscheuten diese Augustenburgerei.

Theodor Olshausen schimpfte: Wer auf einen Fürsten setze, der sei im Grunde *„unzurechnungsfähig"*. In den augustenburgischen Vereinen, vor allem also in den Kampfgenossenschaften, könne er *„beim besten Willen nichts anderes als Brutstätten eines beschränkten Partikularismus"* erkennen. Friedrich VIII. sei ihm zutiefst *„zuwider"*. Ziel der Demokraten war, wie Olshausen schrieb, das *„Gottesgnadentum mit der Wurzel auszurotten"* und die *„Selbstregierung des Volkes"* an seine Stelle zu setzen. Das sollte nötigenfalls durch einen gewaltsamen Umsturz erreicht werden.[51]

In Anbetracht aber der empörenden preußischen Unterdrükkung einigten sich die zerstrittenen schleswig-holsteinischen Oppositionellen aus Anlaß der Wahlen zum Norddeutschen Reichstag ein letztes Mal auf ein gemeinsames Programm. Im Dezember 1866 gründeten sie in Neumünster die „Landespartei".[52] Die Delegierten sprachen sich mehrheitlich gegen die Annexion und für den „Herzog" aus; jedoch blieben die formulierten Ziele, um Differenzen zu vermeiden, im Detail recht vage. Es war nur von der *„staatlichen Selbständigkeit und Freiheit Schleswig-Holsteins ... innerhalb eines bundesstaatlich zusammengefaßten Deutschlands"* die Rede.

Die Kampfgenossenschaften wurden nun, da die Schleswig-Holsteinischen Vereine verboten blieben, zu den wichtigsten Wahlhelfern und zum organisatorischen Gerüst der Landespartei. Sie gründeten Wahlkomitees, riefen zu Wahlveranstaltungen auf und leiteten diese.[53] Die Wahl selbst wurde zu einer eindrucksvollen Demonstration des schleswig-holsteinischen

[47] Vgl. in: Altonaer Mercur 305 (25.12.1864).

[48] Vgl. Adresse vom 14.01.1865, in: Itzehoer Nachrichten 7 (17.01.1865).

[49] Vgl. Flensburger Norddeutsche Zeitung vom 06.06.1864. Vgl. auch Reinhardt 1954, S. 18 f.

[50] Vgl. Zimmermann 1989, S. 261 ff.

[51] Vgl. Olshausen, zitiert nach Hagenah 1924, S. 446, 554 ff.

[52] Vgl. Kiehl 1966, S. 87 ff.; Reinhardt 1954, S. 42 f.; Zimmermann 1989, S. 266 ff.

[53] Vgl. Zimmermann 1989, S. 266 ff.

Theodor Olshausen (1802-1869). (Foto: Landesbibliothek Kiel)

Unabhängigkeitswillens. Nachdem die preußische Regierung sogar Schwierigkeiten gehabt hatte, geeignete Kandidaten für ihre Linie zu finden, entfielen rund 70.000 Stimmen auf die Vertreter der Landespartei. Dagegen erhielten die sogenannten Annexionisten (pro-preußische Rechtsliberale und Konservative) lediglich 30.000 Stimmen. Hinzu kamen 30.000 pro-dänische Stimmen. Die schleswig-holsteinische Sammlung gewann sieben der neun Wahlkreise, zwei gingen an die dänische Partei.[54]

Doch die Einheit der Opposition währte nicht lang. Der liberale Flügel lernte bald, die Vorzüge der preußischen Annexion, insbesondere deren wirtschaftliche Impulse (Gewerbefreiheit, Freizügigkeit, Anschluß an den Zollverein etc.), zu schätzen. Er setzte sich mit diesen Vorstellungen auf dem Neumünsteraner Kongreß der Landespartei im Juli 1867 gegen die Legitimisten und Demokraten durch.[55] Die Landespartei wurde in „Liberale Partei Schleswig-Holsteins" (LPSH) umbenannt und erhielt

[54] Vgl. Hauser 1966, S. 17; Meyersahm 1937, S. 69; Reinhardt 1954, S. 50 f.

[55] Vgl. Kiehl 1966, S. 92; Reinhardt 1954, S. 68; Zimmermann 1989, S. 266 ff.

ein Programm, in dem von einem Gegensatz zu Preußen, von den „Landesrechten" und vom „Herzog" keine Rede mehr war.

Zunächst konnten sich vor allem die Demokraten um Baudissin, Reeder und Neergaard mit dieser Partei nicht mehr identifizieren und scherten aus ihr aus. Am 21. Juni 1868 gründeten sie die „Deutsche Volkspartei in Schleswig-Holstein" (DVPSH).[56] Sie hielten nicht nur am Unabhängigkeitspostulat für Schleswig-Holstein fest, sondern auch am Prinzip des freien und gleichen Selbstbestimmungsrechts für alle Bürger in allen Bereichen des öffentlichen Lebens. Das Programm der DVPSH enthielt daher heute sehr modern anmutende Konzepte zur Dezentralisierung der Entscheidungskompetenzen in Regierung und Verwaltung und darüber hinaus die Forderung nach Abschaffung der stehenden Heere zugunsten einer Volksmiliz.

Der Vorstand der DVPSH näherte sich alsbald auch der Arbeiterpartei Ferdinand Lassalles an und befürwortete eine Lösung der sozialen Frage im Sinne der Arbeiterschaft.[57] Er stand damit in der Tradition des linken Flügels der Paulskirchenversammlung, beispielsweise eines Johann Jacoby, der eine zweite, „rote Revolution" weniger gefürchtet hatte als den Kompromiß mit den alten Mächten und einen Opportunismus aus wirtschaftlichen Gründen. Die Kampfgenossenschaften ordneten sich mit großer Mehrheit der DVPSH zu, denn die meisten ihrer Mitglieder kamen aus unteren Bevölkerungsschichten und teilten nicht nur augustenburgische, sondern auch demokratische und sozialreformerische Vorstellungen.[58]

Einige Kampfgenossen, vor allem der Verein ehemaliger Offiziere und Ärzte der Schleswig-Holsteinischen Armee, folgten indes der LPSH. Sie verkörperten dort die kleine restliche Parteifraktion der Legitimisten. Als sich aber die LPSH der preußischen Fortschrittspartei anschloß, wodurch für augustenburgische Positionen keinerlei Aussicht auf Erfolg mehr bestand, scherten auch die letzten Herzoganhänger aus und suchten Kontakt zur DVPSH. Am 12. Juni 1870 wurde die Fusion mit der Volkspartei vollzogen. Die neue Gruppe gab sich den Namen „Deutsch-Schleswig-Holsteinische Partei" (DSHP), auch „Partikularisten" oder „echte Landespartei" genannt, im Gegensatz zur „falschen", nämlich der angeblich verräterischen Fortschrittspartei.[59] Das Programm war ein Gemisch aus augustenburgischen, demokratischen und sozial-demokratischen Forderungen: Aufhebung der Annexion; Einführung von Volksmilizen; volle Selbstverwaltung in der politischen und kirchlichen Gemeinde; Linderung von Not und Elend durch soziale Reformen. Die Kampfgenossenschaften schlossen sich mit überwältigender Mehrheit der „echten Landespartei" an. Der preußische Regierungspräsident Bitter urteilte 1874:

„Es ist notorisch, daß die letztere [die DSHP, HPZ] *in den Kampfgenossenvereinen von 1848-50 den Kern ihrer Organisation hat, daß die Lostrennung der Provinz Schleswig-Holstein vom preußischen Staate den Hauptartikel ihres Programms bildet, daß sie bei jeder Gelegenheit Se. Majestät den König von Preußen als den unrechtmäßigen, blos factischen Landesherrn Schleswig-Holsteins hinzustellen bemüht ist."*[60]

[56] Vgl. Kiehl 1966, S. 172; Reinhardt 1954, S. 73; Zimmermann 1989, S. 266 ff.

[57] Vgl. Kiehl 1966, S. 172; Reinhardt 1956, S. 46 f.

[58] Vgl. Zimmermann 1989, S. 269.

[59] Vgl. Endrulat an Friedrich VIII. am 03.-06.07.1870, in: LAS, Abt. 22, Nr. IV. C. 30. Vgl. auch Zimmermann 1989, S. 266 ff.; Kiehl 1966, S. 95, 179, 196 ff.; Schmidt 1985, S. 179 f., 191.

[60] Bitter an Bordesholmer Landrat am 24.01.1874, in: LAS, Abt. 309, Nr. 357.

Auch Theodor Storm fühlte sich zweifellos der DSHP zugetan, als er im August 1870 schrieb:

„Hat erst der Sieg über fremde Gewalt
[nämlich über Preußen und seine Adelsclique, HPZ]
Die Gewalt im Innern besiegt,
Dann will ich rufen: Das Land ist frei!
Bis dahin spar ich den Jubelschrei.“[61]

In Schleswig-Holstein hatten sich bis 1870 also drei politische Gruppierungen etabliert: 1. die rechtsliberalen „Nationalen“ um den Grafen Reventlow, die später in der National-Liberalen Partei aufgingen; 2. die gemäßigt Linksliberalen um Ahlmann und Hänel, die sich der preußischen Fortschrittspartei anschlossen; 3. die Partikularisten (DSHP) um Baudissin und Endrulat, die legitimistische, demokratische und sozialreformerische Strömungen vertraten und später zum Teil zur Arbeiterbewegung fanden.

Der Krieg gegen Frankreich, die Reichsgründung, der wirtschaftliche Aufschwung der Gründerzeit, die relative Verbesserung der sozialen Lage, die offenkundige Unumkehrbarkeit der Annexion und die Schwierigkeiten, die die preußische Provinzführung den Partikularisten bereitete, ließen die Aktivitäten der DSHP und der Kampfgenossenschaften in den folgenden Jahren allmählich erlahmen. Die Kandidaten der „echten Landespartei“ erhielten bei den Reichstagswahlen von 1871 weniger als 5.000 Stimmen. Überall liefen den Kampfgenossenschaften die Mitglieder davon.[62] Viele von ihnen schwenkten zur Fortschrittspartei um. Aber zahlreiche Veteranen schlossen sich auch der Sozialdemokratie an, die nicht zuletzt aus diesem Grund in Schleswig-Holstein bei Wahlen in den 1870er Jahren überdurchschnittlich gut abschnitt.

Mitte der 1870er Jahre lag die echte Landespartei praktisch darnieder. Nur einmal noch raffte sie sich zu einem großen symbolischen Akt auf, der bis heute das hervorstechendste Zeugnis dieser Bewegung ist: das Denkmal für Uwe Jens Lornsen auf dem Rendsburger Paradeplatz.

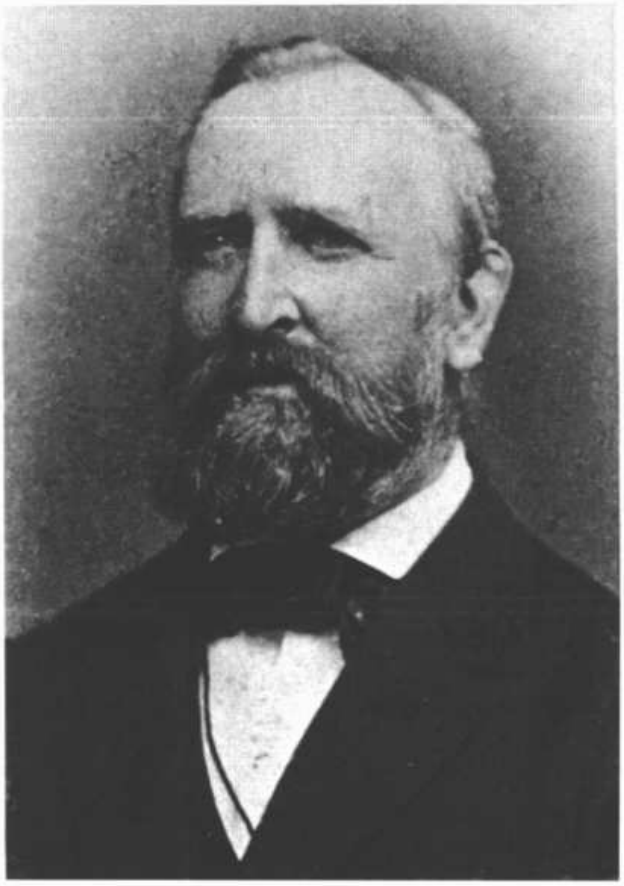
Die Kieler Kampfgenossenschaft hatte Anfang 1872 die Errichtung eines Denkmals für den berühmten Sohn Sylts zum Jahrestag der Erhebung vorgeschlagen, um eine bleibende Erinnerung an den verlorenen Kampf um die Landesrechte („Staatsgrundgesetz“), für die Unabhängigkeit, Selbständigkeit und Freiheit Schleswig-Holsteins zu schaffen.[63] Doch durch raschen und zahlreichen Beitritt zum Denkmalskomitee sicherten sich die pro-preußischen Kräfte bald die Stimmenmehrheit in diesem Gremium. Sie engagierten Eduard Lürssen, der eine „Germania“ entwarf, und damit die Interessen der Kampfgenossen völlig ignorierte. Daraufhin kam es zum Eklat zwischen Nationalliberalen und Fortschrittlern auf der einen und Vertretern der Landespartei und der Kampfgenossenschaften auf der anderen Seite. Letztere zogen aus dem Komitee aus und erklärten im Oktober 1872:

„Wir können nicht behilflich sein zur Aufrichtung eines Landesdenkmals, in welchem die Verkörperung der Geschicke unseres Landes auf ein unbezeichnendes Kleinmaß zurückge-

[61] Storm in einem Brief an seinen Sohn Ernst am 08.08.1870, zitiert nach Löding 1985, S. 132.

[62] Vgl. Zimmermann 1989, S. 266 ff, 275 ff.

[63] Vgl. Kieler Zeitung 2501 (28.01.1872); Itzehoer Nachrichten 75 (04.07.1872).



Politische Gruppierungen und ihre Führer in Schleswig-Holstein bis 1870:
Links: Die demokratischen, sozial-reformerischen Partikularisten um Bernhard Endrulat (1824-1886, oben) und Eduard Graf Baudissin (1823-1883, unten).
Mitte: Die Linksliberalen um Wilhelm Almann (1817-1910, oben) und Albert Hänel (1833-1918, unten).
Oben: Die Rechtsliberalen um Graf Reventlow (1824-1893). (Fotos: Landesbibliothek Kiel)

Das Lornsen-Denkmal auf dem Rendsburger Paradeplatz — stilisierte Enthüllungsszene (1. September 1878). (Foto: Landesbibliothek Kiel)

drängt ist, ... welches ... nichts ist, als ein in Stein übertragener national-liberaler Leitartikel. ... Wir betrachten die seit 1864 erfolgte Gestaltung der Geschicke Schleswig-Holsteins nicht

als die recht- und naturgemäße Entwickelung und Folge der Erhebung von 1848, sondern als das Werk eines fremden Willens und einer zwingenden Macht [gemeint waren Bismarck und Preußen, HPZ], *dem wir zwar äußerlich uns fügen und unterordnen, mit dem aber eine völlige innere Verständigung und Versöhnung für uns unmöglich ist.*"[64]

Die Kampfgenossenschaften riefen ein eigenes Landeskomitee ins Leben, in dem nur „echte" Landesparteiler vertreten waren.[65] Die Annexionisten reagierten verärgert auf die Eigensinnigkeit der Partikularisten und stellten ihre Bemühungen um ein Lornsen-Denkmal ein. Sie versuchten nun, die Aufstellung eines Monuments der Augustenburger und Demokraten zu verhindern, und setzten sich zu diesem Zweck auch mit der preußischen Provinzführung in Verbindung. Diese verbot ihren Beamten die Teilnahme an allen Veranstaltungen der Landespartei und der Kampfgenossenschaften, wirkte auf die Kirchenleitung ein, sie möge ihre Pastoren zur Neutralität verpflichten, untersagte alle Haussammlungen für das Projekt und überwachte das Denkmalskomitee.[66] Mittels der Kieler Städtischen Kollegien blockierten die Liberalen, daß das Denkmal auf dem Kieler Dreiecksplatz errichtet wurde. Die Kampfgenossen wichen daraufhin nach Rendsburg aus, wo eine Mehrheit der Stadtvertreter hinter ihnen stand.[67]

Am 24. März 1873 (25. „Erhebungstag" von 1848) hatte die „echte Landespartei" dann einen triumphalen Auftritt. Rund 20.000 Menschen versammelten sich vor der Rendsburger Marienkirche und zogen durch die geschmückte Stadt zum Paradeplatz.[68] Dort wurde der Grundstein für das Lornsen-Denkmal gelegt. Lehrer Sönksen hielt die Festrede, in der er unverblümt die „Landesrechte" und die „Rechte" des Augustenburger Hauses einklagte. Vor allem wegen dieser Rede wurde Sönksen, wie erwähnt, aus dem Schuldienst entlassen.

Die Ausführung des Rendsburger Lornsen-Denkmals schien jedoch schon zu diesem Zeitpunkt aus finanziellen Gründen zu scheitern. Denn nach der Sturmflut vom 13. November 1872, die die schleswig-holsteinische Ostseeküste verwüstete, hatte sich das Landeskomitee dafür entschieden, sämtliche bis dahin gesammelten Mittel für die vom Unglück betroffenen Landsleute zu verauslagen. Schließlich aber half Friedrich VIII. den Partikularisten mit großzügigen Spenden aus der Klemme.[69] Zur Weihefeier am 1. September 1878 mobilisierte die in Auflösung begriffene „echte Landespartei" dann noch einmal rund 10.000 Menschen. Der Vorsitzende des Denkmalkomitees, Beckmann, hielt die Festrede und schloß mit einem Toast auf den Augustenburger: *„Herzog Friedrich von Schleswig-Holstein, der Fürst unserer Wahl und unserer Liebe, lebe hoch! hoch! hoch!"*[70]

Das Lornsen-Denkmal verkörperte zur Zeit seiner Errichtung die Geisteshaltung der „echten Landespartei". Es war ein anti-preußisches Mahnmal und ein Zeichen links-liberaler, demokratischer, ja sogar sozial-demokratischer Gesinnungen, wie sie in den Kampfgenossenschaften von 1848/51 auch nach 1878 lebendig blieben. Die Vermählung von Auguste Victoria,

[64] Vgl. Itzehoer Nachrichten 115 (05.10.1872).

[65] Vgl. Itzehoer Nachrichten 83 (23.07.1872); Itzehoer Nachrichten 95 (20.08.1872).

[66] Vgl. Kieler Zeitung 2982 (09.11.1872); Itzehoer Nachrichten 131 (12.11.1872); Unterlagen des preußischen Regierungspräsidenten, in: LAS, Abt. 309, Nr. 8448.

[67] Vgl. Protokoll der Städtischen Kollegien Kiels vom 08.11.1872, in: Stadtarchiv Kiel, II. 10, Bl. 58-62; Kieler Zeitung 2982 (09.11.1872); Itzehoer Nachrichten 131 (12.11.1872) und 134 (19.11.1872; Rendsburger Wochenblatt 93 (20.11.1872); Unterlagen des preußischen Regierungspräsidenten, in: LAS, Abt. 309, Nr. 8448.

[68] Vgl. Festprogramm, in: Stadtarchiv Rendsburg, C. V. 93. 3; Rendsburger Wochenblatt 25 (26.03.1873); Unterlagen des preußischen Regierungspräsidenten, in: LAS, Abt. 309, Nr. 8448.

[69] Vgl. Itzehoer Nachrichten 134 (19.11.1872) und 136 (23.11.1872). Vgl. Papiere des Augustenburgers in: LAS, Abt. 22, Nr. IV. C. 40.

[70] Vgl. Manuskript der Rede in: LAS, Abt. 22, Nr. IV. C. 40. Vgl. auch Rendsburger Wochenblatt 71 (09.09.1878).

Auguste Victoria, Prinzessin von Augustenburg (1858-1921) und Wilhelm, Prinz von Preußen und später Kaiser Wilhelm II. (1859-1941). Die Aufnahme stammt aus dem Jahre 1880. Die Eheschließung einer Augustenburgerin mit einem preußischen Prinzen sollte zur Versöhnung beitragen (RS).

der Tochter Friedrichs, mit dem preußischen Prinzen und späteren Kaiser Wilhelm II. im Jahre 1881 versöhnte indes die Augustenburger und die meisten ihrer Anhänger mit Preußen. Diejenigen oppositionellen Kräfte, die dadurch nicht zu korrumpieren waren, fanden wohl vor allem in der Sozialdemokratie eine neue politische Heimat.

Von Dezember 1863 bis Juni 1866, so läßt sich zusammenfassen, bildete sich im Herzogtum Holstein unter den milden Hannoveranern, sächsischen und österreichischen Besatzungsmächten ein nahezu herrschaftsfreier Raum aus. Die Bevölkerung konnte ihre politischen und sozialen Vorstellungen weitgehend unbeschränkt und fast nach Belieben entwickeln, diskutieren und organisieren. Sie machte davon ausgiebigen Gebrauch. Und obwohl die Ziele nicht erreicht wurden, und obwohl die Bewegung nach 1866 an ihrer Ohnmacht gegenüber der energischen Hand Bismarcks scheiterte, hatte der Partikularismus dennoch einen bedeutenden Anteil an der Entwicklung des Landes.

Denn aus stillen Untertanen waren jetzt vielerorts kecke Staatsbürger geworden, die ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen wollten. Ein großer Teil der Bevölkerung war durch die langjährige dänische Unterdrückung, war durch Krisen und Kriege aus dem Schlummer der hergebrachten Gewohnheiten erwacht. Beträchtlich viele Menschen auch aus unteren sozialen Bevölkerungsschichten ließen die alten Bindungen und Geisteshaltungen hinter sich, um auf die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Anforderungen der Zeit reagieren zu können. Nicht mehr vorwiegend die Verwandtschaft, die Nachbarschaft, das enge Korsett der Tradition beschrieben den Horizont dieser Männer, sondern die weiten Ideen der Freiheit, der Mündigkeit, des Selbstbestimmungsrechts der Völker und der sozialen Gerechtigkeit.

Um diese Gedanken zu formieren, reichten die überkommenen Zusammenlebensweisen nicht mehr aus. Der „Verein", die freie Assoziation, etablierte sich nun auch in Schleswig-Holstein fest als das für Staatsbürger adäquate Organisationsprinzip. Hier herrschte das Maß an Freiheit, Gleichheit und Recht, das allein der postulierten Humanität zum Durchbruch verhelfen konnte, das allein die demokratische Meinungs- und Willensbildung zuließ. Am Anfang des modernen politischen Lebens in Schleswig-Holstein stand eine sensible „egalitär-diskursive Öffentlichkeit" (Jürgen Habermas), die erst unter preußischem Druck und aus ökonomischer Opportunität in jene dumpfe Vereinsmeierei und jenen naßforschen Nationalismus und Chauvinismus einmündete, der einen entscheidenden ideologischen Hintergrund des deutschen Faschismus bildete.

Quellen und Literatur

Horst Bartel u.a. (Hrsg.), Deutsche Geschichte in zwölf Bänden, Bd. 4: Die bürgerliche Umwälzung von 1789 und 1871, Köln 1984.

Alfred Behn, Die Volksstimmung in Schleswig-Holstein im letzten Jahre vor Ausbruch des Krieges von 1864, Hannover 1920.

Wilhelm Hartwig Beseler, Zur Schleswig-Holsteinischen Sache im August 1856, Braunschweig 1856.

Carl Boysen, Ludwig Graf zu Reventlow. Ein Beitrag zur Geschichte der Jahre 1863-1866, in: ZSHG 61 (1933), S. 451-488.

Carl Boysen, Beiträge zur augustenburgischen Bewegung, in: ZSHG 65 (1937), S. 317-353.

Jochen Bracker, Die dänische Sprachpolitik 1850-1864 und die Bevölkerung Mittelschleswigs, Teil 1, in: ZSHG 97 (1972), S. 127-225; Teil 2, in: ZSHG 98 (1973), S. 87-213.

H.-P. Clausen, J. Paulsen, Augustenborgerne, Sønderborg 1980 (Fra Als og Sundeved 58).

Joachim Daebel 1969, Die Schleswig-Holstein-Bewegung in Deutschland 1863/64, Köln 1969.

Ernst II., Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha 1889, Aus meinem Leben und aus meiner Zeit, Bde 1-3, 6. Aufl., Berlin 1889.

Troels Fink, Omkring Ejderpolitikkens Udforming, in: Tyske Samlinger, Ny Række I, 1959.

Johannes Gebauer, Herzog Friedrich VIII. von Schleswig-Holstein. Ein Lebensbild, Stuttgart, Berlin 1912.

Klaus Groth (Hrsg.), Lieder aus und für Schleswig-Holstein, Hamburg 1864.

Hermann Hagenah, Vom alten Olshausen, in: ZSHG 54 (1924), S. 446.

Hermann Hagenah, Die nationale Bewegung in Schleswig-Holstein 1863, in: ZSHG 56 (1927), S. 271-396.

Hermann Hagenah, Wilhelm Ahlmann. Das Lebensbild eines Schleswig-Holsteiners, Kiel 1930.

Oswald Hauser, Die augustenburgische „Revolution". Bericht eines Zeitgenossen von 1865, in: ZSHG 87 (1962), S. 279-290.

Oswald Hauser, Provinz im Königreich Preußen, Neumünster 1966 (Geschichte Schleswig-Holsteins 8).

August Heinrich Hoffmann von Fallersleben, Sechs Lieder für Schleswig-Holstein. Zum Besten für Schleswig-Holstein, Kassel 1863.

David Jackson, Theodor Storm — The Life an Works of a Democratic Humanitarian, Oxford 1992.

Karl Jansen, Karl Samwer, Schleswig-Holsteins Befreiung, Wiesbaden 1897.

Hans Georg Kiehl, Albert Hänel und der Linksliberalismus im Reichstagswahlkreis Kiel-Rendsburg-Plön 1867 bis 1884. Ein Beitrag zur politischen Parteiengeschichte Schleswig-Holsteins im 19. Jahrhundert. Maschinenschriftliche Dissertation, Kiel 1966.

Landeskampfgenossenschaft, Die schleswig-holsteinische Landeskampfgenossenschaft. Ihre Entstehung, Organisation und Wirksamkeit, Kiel 1882.

Frithjof Löding, Theodor Storm und Klaus Groth in ihrem Verhältnis zur schleswig-holsteinischen Frage. Dichtung während einer politischen Krise, Neumünster 1985 (Quellen und Forschungen zur Geschichte Schleswig-Holsteins 84).

Frank Lubowitz, Die Ankunft Herzog Friedrichs VIII. von Augustenburg am 30. Dezember 1863 in Kiel, in: Paravicini 1992 a, S. 365-378.

Frank Lubowitz, Das verschwundene Denkmal für Herzog Friedrich VIII.: Der Traum vom selbständigen Schleswig-Holstein, in: Paravicini 1992 b, S. 158-161.

Hans Meyersahm, Die ersten Reichstagswahlen in Schleswig-Holstein im Jahre 1867, in: M.O.V., Nachrichten aus Luv und Lee, Nachrichtenblatt der Marine-Offiziers-Vereinigungen 19. Jg., Nr. 5 (01.03.1937), S. 69.

Mitgliederverzeichnis, Namens-Verzeichniß Schleswig-Holsteinischer Kampfgenossen 1848/51. 1869, Hamburg o.J.

Mitgliederverzeichnis, Mitglieder-Verzeichniß der Schleswig-Holsteinischen Kampfgenossen von 1848/51, welche im Verband der Landeskampfgenossenschaft nachstehenden Vereinen angehören und im Jahre 1898, 50 Jahre nach der Erhebung Schleswig-Holsteins, noch am Leben sind, unter Vordruck des Vereins der Officiere, Aerzte und Beamten der ehemaligen Schleswig-Holsteinischen Armee, Kiel 1898.

Erik Møller, Helstatens Fald, Bd. 2: 1864, Reprografisk Genudgivet, København 1974.

Niels Neergård, Under Junigrundloven. En Fremstilling Af Det Danske Folkspolitiske Historie Fra 1848 Til 1866, Bd. 2, København 1916.

Werner Paravicini (Hrsg.), Mare Balticum. Beiträge zur Geschichte des Ostseeraums in Mittelalter und Neuzeit. Festschrift zum 65. Geburtstag von Erich Hoffmann, Sigmaringen 1992 a (Kieler Historische Studien 36).

Werner Paravicini (Hrsg.), Begegnungen mit Kiel. Gabe der Christian-Albrechts-Universität zur 750-Jahr-Feier der Stadt, Neumünster 1992 b.

Heinz Volkmar Regling, Die Anfänge des Sozialismus in Schleswig-Holstein, Neumünster 1965 (Quellen und Forschungen zur Geschichte Schleswig-Holsteins 48).

Georg Reinhardt, Preußen im Spiegel der öffentlichen Meinung Schleswig-Holsteins 1866-1870, Neumünster 1954 (Quellen und Forschungen zur Geschichte Schleswig-Holsteins 29).

Lorenz Rerup, Slesvig og Holsten efter 1930, Copenhagen 1982 (Danmarks Historie — uden for Danmark 5).

Reinhard Rürup, Deutschland im 19. Jahrhundert. 1815-1871, Göttingen 1984 (Deutsche Geschichte 8, herausgegeben von Joachim Leuschner).

Alexander Scharff, Schleswig-Holstein in der deutschen und nordeuropäischen Geschichte. Gesammelte Aufsätze. Herausgegeben von Manfred Jessen-Klingenberg, Stuttgart 1969.

Alexander Scharff, Schleswig-Holstein und die Auflösung des dänischen Gesamtstaates 1830-1864/67, Neumünster 1975 und 1980 (Geschichte Schleswig-Holsteins Bd. 7.1 und Bd. 7.2).

Sönke Schmidt, Die Reichstagswahl am 10.1.1874 im 9. schleswig-holsteinischen Wahlkreis (Oldenburg-Plön-Segeberg). Eine Wahlkampfmonographie, in: ZSHG 110 (1985), S. 173-228.

Friedrich C. Sell, Die Tragödie des deutschen Liberalismus, Stuttgart 1953.

Vagn Skovgård-Petersen, Tiden 1814-1864, København 1953 (Danmarks Historie 5).

Roar Skovmand, Vagn Dybdal, Erik Rasmussen, Geschichte Dänemark 1830-1939. Die Auseinandersetzungen um nationale Einheit, demokratische Freiheit und soziale Gleichheit, Neumünster 1973.

Staatsgrundgesetz für die Herzogthümer Schleswig-Holstein vom 15. Septembr. 1848 mit der Proclamation des Herzogs Friedrich VIII. vom 16. November 1863 und dem Wahlgesetz für die Schleswig-Holsteinische Landesversammlung vom 20. Oktober 1848, Itzehoe 1864.

Theodor Storm, Gesammelte Werke. Herausgegeben von Hans A. Neunzig. Bd. 1: Gedichte, Märchen und Spukgeschichten, München 1981.

Christoph von Tiedemann, Aus sieben Jahrzehnten. Erinnerungen, Bd. 1: Schleswig-Holsteinische Erinnerungen, Leipzig 1905.

Günter Trautmann, Liberalismus, Arbeiterbewegung und Staat in Hamburg und Schleswig-Holstein 1862-1869, in: Archiv für Sozialgeschichte 15 (1975), S. 51-110.

Rolf Weber, Kleinbürgerliche Demokraten in der deutschen Einheitsbewegung 1863-1866, Maschinenschriftliche Dissertation, Leipzig 1958.

Rolf Weber, Der Kampf zwischen demokratischen und antirevolutionären Kräften um die Bildung des bürgerlichen Nationalstaates (1859-1871), in: Bartel 1984, S. 422-511.

Jürgen Wetzel, Theodor Lehmann und die nationale Bewegung in Schleswig-Holstein 1859-1862, Neumünster 1971 (Quellen und Forschungen zur Geschichte Schleswig-Holsteins 61).

Harm-Peer Zimmermann, „Der feste Wall gegen die rote Flut". Kriegervereine in Schleswig-Holstein 1864-1914, Neumünster 1989 (Studien zur Volkskunde und Kulturgeschichte Schleswig-Holsteins 22).